

Reform um der Reform willen? Gymnasium 2020 und die Folgen

„Alle Dinge müssen reformiert werden“, sagt der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann, und hält seinen Kritikern entgegen, dass es dabei keine „Denkverbote“ geben dürfe. Nun hegt vermutlich niemand der Reformskeptiker die Sorge, dass die Probleme der grün-roten Schulpolitik aus einem Übermaß an Denken resultieren könnten, so dass man wohl weniger geneigt ist, das Denken zu verbieten als es endlich einzufordern. In der bisherigen Auseinandersetzung standen die Gymnasien weniger im Mittelpunkt, wengleich durch die Aufhebung der verbindlichen Grundschulpflichtung bereits an ihrer Erosion gearbeitet wurde. Wer allerdings darauf vertraute, dass im Rahmen eines „Zwei-Säulen-Modells“ der gymnasiale Bildungsweg erhalten bliebe, hat den Willen der grün-roten Regierung zur „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter) unterschätzt. Nun soll auch das Gymnasium für die schöne neue Bildungswelt zurechtgestutzt werden – was wohl seine Aushöhlung zur „höheren Gemeinschaftsschule“ bedeuten dürfte.

Das offenbart ein kursierendes „Geheimpapier“ des Bildungsministeriums, dessen Titel „Gymnasium 2020“ schon unterstreicht, dass grundstürzende Reformen anstehen wie die Agenda 2010 oder der Lehrplan 21 in der Schweiz. Erarbeitet wurde es von Direktoren, Vertretern des Kultusministeriums, Beiratspitzen u. a.. Wer jedoch federführend war oder nur der ‚Legitimationsbeschaffung durch Einbindung‘ diene, ist unklar. Nicht geladen waren Vertreter des Philologenverbandes und des BLV. Damit fehlten nicht nur der Sachverstand und die Interessen der Gymnasiallehrer, sondern insbesondere auch der Aspekt der beruflichen Schulen. Da die grün-rote Landesregierung bereits bei der blitzartigen Einführung der Gemeinschaftsschule die Macht des Augenblicks genutzt hat, erscheint es deshalb dringend geboten, die Diskussion aus den Hinterzimmern in die Öffentlichkeit zu holen, denn die Reform soll direkt nach der nächsten Landtagswahl, also schon zum Schuljahr 2016/17 beginnen.

Intellektuell ist der Text eher unbefriedigend, da er weniger argumentativ als rhetorisch vorgeht: Pädagogische Selbstverständlichkeiten werden zu neuen Visionen erklärt. So soll sich das „Gymnasium 2020“ „durch eine Vertrauens- und Wertschätzungskultur und durch klare Reflexions- und Kommunikati-

onsstrukturen“ auszeichnen. „Schüler und Lehrer begegnen sich in gegenseitigem Vertrauen.“ An welcher Schule soll das nicht gelten? Ist denn das aktuelle Gymnasium von einer Misstrauenskultur geprägt? Oder will man eben das unterstellen, um Reformbedarf zu konstruieren? Ähnlich holperig wird der pädagogische Schwerpunkt herausgestellt: „Das Gymnasium 2020 profiliert sich als Schule des forschenden, eher theoretischen Lehrens und Lernens.“ Was soll „forschendes Lehren“ sein? Und war das wissenschaftspropädeutische Arbeiten nicht schon immer die Aufgabe des Gymnasiums?

Doch sind diese konsensheischenden Hochwertbegriffe wohl nur das Präludium, um dann die Axt an das Selbstverständnis des Gymnasiums als soziale Leistungsschule zu legen: Nun sollen die „Bedürfnisse und Potenziale der Schüler“ Ausgangspunkt sein, nicht mehr der fachliche Anspruch. Demnach soll nun ein „differenzierender, Heterogenität bejahender pädagogischer Ansatz“ verfolgt werden. Auch hier wird also nun „Heterogenität“ gegen den Leistungsanspruch ausgespielt, sprich, das Niveau gesenkt, weil man ja nicht von allen das Gleiche verlangen könne. Sogleich wird dann für die neu erfundene Krankheit des Gymnasiums eben die Medizin verordnet, die auch der bisherigen Realschule den Garaus macht: der Umbau des gymnasialen Unterrichts. Unter zweifelhafter, weil willkürlicher und selektiver Berufung auf die Hattie-Studie soll die Qualität des gymnasialen Unterrichts ausgerechnet durch dessen Abschaffung gesteigert werden! Selbstlernphasen, Lernateliers, akademische Vorlesungen, Individualisierung, niveaudifferenzierte Kompetenzraster, Lernen an außerschulischen Lernorten sollen auch hier als Elemente der wissenschaftlich umstrittenen ‚Neuen Lernkultur‘ den bewährten Klassenunterricht zunehmend ersetzen. Ein kostensparender Nebeneffekt dürfte sein, dass selbstorganisiertes Lernen und pseudo-universitäre Vorträge wesentlich größere Gruppenstärken zulassen, so dass hier sicher auch Ressourcensparnisse erhofft werden.

Ob diese Formen aber auch dieselbe pädagogische Qualität erbringen können, scheinen selbst die Autoren des Papiers zu bezweifeln, denn sie stellen den Schülern von der 5. Klasse an verpflichtend einen Coach zur Seite, der sie auf der „Ebene der Ich-Du-Beziehung“ kontrolliert und steuert, damit diese



Dr. Matthias Burchardt
Universität zu Köln

Institut für
Bildungsphilosophie,
Anthropologie und
Pädagogik der
Lebensspanne

in der neuen Lernkultur nicht verloren gehen: „Where am I going? How am I going? What next?“. Dies als Stärkung von Beziehung herauszustreichen klingt zynisch, nachdem man durch Individualisierung und Selbstorganisation die Klassengemeinschaft atomisiert und die Rolle des Klassenlehrers auf die „formalorganisatorische Ebene“ beschränkt hat. Ein erfahrener Geschichtsdidaktiker kritisiert: „Anstelle des gemeinschaftlichen Lernens im Klassenverbund, welches den Schülern Rückhalt durch Mitschüler und die Zugehörigkeit zu einer Solidargemeinschaft gibt, werden die Schülerindividuen in der Lernzelle („Atelier“) isoliert, um die Treitmühle des „Kompetenzrasterlernens“ zu bedienen, und sie sind dabei einem „Coach“ ausgeliefert, der aus ihnen mit Psycho- und Managementtechniken soviel „herauszuholen“ versucht, wie ein Fußballprofi-Trainer aus seinem „Spielermaterial“. Was darüber hinaus als „soziales Lernen“ angeboten wird, ist reines Rankenwerk ohne jeden emanzipatorischen Charakter.“

Spätestens nun wird deutlich, dass das „Gymnasium 2020“ nicht etabliert werden soll, weil das Gymnasium 2015 seinen Auftrag nicht erfüllen könnte. Vielmehr soll das Gymnasiale schlechthin im Namen der Gemeinschaftsschuldoktrin überwunden werden. Wer also bisher gehofft hat, dass das Gymnasium im sogenannten Zwei-Säulen-Modell eine Art von Bestandschutz genießen kann, wird eines Besseren belehrt. Offenbar soll es gezwungen werden, sich in eine verkappte Gemeinschaftsschule zu verwandeln, an der man unter dem Schlagwort „academic learning“ in der Oberstufe unter der Aufsicht von Coaches ein wenig Universität spielen darf.

Der Anpassungsdruck seitens der Gemeinschaftsschule prägt schließlich auch die Reformvorschläge zur „Weiterentwicklung“ der gymnasialen Oberstufe. Im 10. Schuljahr fortan OS 1 (Oberstufe 1) können künftig Wechsler von der Gemeinschaftsschule in eine zweite Fremdsprache auf B-Niveau einsteigen und Vertiefungsangebote in den Hauptfächern und den Naturwissenschaften erhalten. Diese Konstruktion könnte als Misstrauen gegen die Lernergebnisse der Gemeinschaftsschulen gewertet werden. Sie bedeutet aber in jedem Fall eine Entwertung der gymnasialen Unter-

und Mittelstufe und die Aufhebung der bisher gültigen Prinzipien einer durchgängigen Fachlichkeit und methodischen Kohärenz, welche schon ab der fünften Klasse einen konsistenten Bildungsgang mit dem Ziel der Allgemeinen Hochschulreife gewährleisten konnten. Auch leistungsstarken Realschülern stand es offen, auf diesem Weg zum Abitur zu gelangen.

Nun wird das gymnasiale Niveau durch die Reduzierung der schriftlichen Abiturleistungen gesenkt: „Die Schüler legen statt vier schriftlichen und einer mündlichen Prüfung künftig drei schriftliche und zwei mündliche Prüfungen ab. Eine der beiden mündlichen Prüfungen kann durch eine besondere Lernleistung ersetzt werden.“

Diese Erleichterungsstrategie kennt man bereits aus anderen Bundesländern. Sie wird bessere Abiturdurchschnitte hervorbringen und mehr erfolgreiche Abiturienten produzieren und zwar „ressourcenneutral“, wie die Autoren zu betonen nicht müde werden. Damit stünde das „Gymnasium 2020“ als Zertifikats-discounter da. Allerdings führt eine höhere Akademikerquote bekanntermaßen nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit, sondern nur zur Entwertung von akademischen Abschlüssen. Außerdem steigen die Fehlqualifikationen zu Lasten der Absolventen aber auch zu Lasten der Wirtschaft. Dagegen gibt es schon Einsprüche

seitens der Vertreter der beruflichen Schulen, die die Balance und Vielfalt möglicher Qualifikationen gefährdet sehen: Wenn sich das allgemein bildende Gymnasium in Richtung der Absolventen von Gemeinschafts- und Realschulen öffnet, ist ein weiterer Rückgang der Schülerzahlen in den beruflichen Schulen zu befürchten. Hier setzt sich die Strategie der Landesregierung fort, einen „Kannibalisierungswettbewerb“ (Georg Wacker, CDU) zwischen den Schulen zu entfesseln, anstatt mit ruhiger Hand Strukturentwicklung zu betreiben: Dabei wird die Suggestion von Wahlfreiheit subtil ausgebeutet, mit dem Ergebnis, dass es bald weniger Schul-Optionen geben wird als vorher. Sollte es nämlich die intendierten Wanderungsbewegungen in Richtung des allgemein bildenden Gymnasiums geben, werden Standorte der beruflichen Schulen konkret gefährdet sein. Der Dominoeffekt, der durch die Abwicklung von Hauptschulen/Werkrealschulen und die Einführung der Gemeinschaftsschule losgetreten wurde und zum Umbau des Gymnasiums führt, wird also weitere Effekte zeitigen, mit erheblichen Auswirkungen auf die Gesamtstruktur des Bildungswesens. Die Folgen dieser Unwuchten sind kaum abzusehen; es zeichnet sich aber bereits jetzt ein Verlust an Vielfalt ab – auf Kosten der beruflichen Bildung. In Anbetracht der Tatsache, dass 1/3 der Abgänger der Be-

ruflischen Gymnasien und deutlich mehr als 50 % der Abgänger des Berufskollegs in die duale Ausbildung gehen, wird der Ausbildungssektor insgesamt geschwächt. Regional verwurzelte und langfristig denkende Unternehmer schauen mit Sorge auf diese Entwicklung, da es zunehmend problematisch werden dürfte geeignetes Personal zu gewinnen. Gerade in dieser Frage, wäre ein unbedingtes Dankge[!]bot auszusprechen.

Doch die sachliche Auseinandersetzung soll systematisch ausgebremst werden, wie der pikante Schlussteil des Papiers offenbart. Unter der Überschrift „Kommunikation und Multiplikation“ wird die Propaganda-Strategie zur Vermarktung des neuen Gymnasiums dargestellt: öffentlichkeitswirksame Ministerauftritte in „Vorreiter-Gymnasien“ und die Top-down-Kommunikation mit den Betroffenen sind das Mittel der Wahl. Lehrerverbände sollen schlicht informiert, nicht konsultiert, und Schulleitertagungen sollen zur unkritischen Multiplikation des Konzepts genutzt werden. Dieser autoritäre Zugriff erscheint angesichts der logischen Inkonsistenzen und inhaltlichen Zumutungen des Reformplanes erfolgversprechender zu sein, als sich dem „zwanglosen Zwang des besseren Argumentes“ auszusetzen.

Dr. Matthias Burchardt